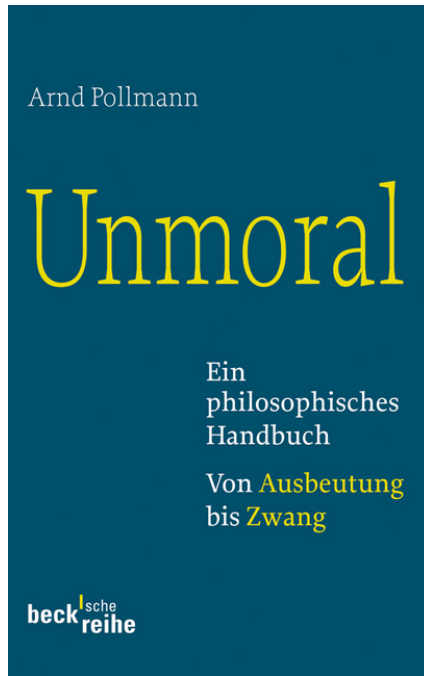


Unverkäufliche Leseprobe



Arnd Pollmann

Unmoral

Ein philosophisches Handbuch

Von Ausbeutung bis Zwang

301 Seiten, Paperback

ISBN: 978-3-406-60181-1

Ausbeutung

Beginnen wir im Urlaub. Waren Sie schon einmal in Katalonien, vor allem in Barcelona? Dann werden Sie wissen, dass die Katalanen ein sehr stolzes, eigenwilliges Volk sind. Bis heute fühlen

sie sich von den Spaniern okkupiert, sie träumen noch immer von einem eigenen Staat und setzen geradezu kämpferisch auf Traditionspflege: Straßenschilder, Speisekarten, Fernsehsender, Tageszeitungen – alles immer auch auf Katalanisch. Vor allem aber unterscheidet man sich von allen übrigen Spaniern dadurch, dass man besonders geschäftstüchtig und arbeitsam ist – nach eigenen Angaben jedenfalls. Vor etwa einhundert Jahren meinte dazu der im fernen Baskenland geborene Dichter Miguel de Unamuno: «Es stimmt, sie arbeiten viel. Aber noch mehr prahlen sie damit.» Und er fügte eine kleine ökonomische Berechnung hinzu, die sich als äußerst aufschlussreich erweisen wird: Man würde einen guten Schnitt machen, so Unamuno, wenn man einige dieser Katalanen «zu ihrem wirklichen Wert» ankaupte, nur um sie anschließend «zu ihrem eingebildeten Wert» gleich wieder zu verkaufen.

Der Witz dieser profitablen Mehrwertformel liegt ersichtlich darin, dass sie das Wesen des kapitalistischen Warentausches, wie es sich aus Unternehmersicht darstellt, auf den Punkt bringt. Schlicht jedes Unternehmen, das Profit erzielen will, muss darauf achten, die hergestellten Produkte möglichst weit über dem eigentlichen Herstellungswert zu verkaufen. Zugleich aber stellt Unamunos Mehrwertformel die Logik der herrschenden Arbeitswelt auf den Kopf, und zwar aus Sicht der Lohnabhängigen, denn auf dem Arbeitsmarkt kommt es ersichtlich darauf an, dass sich der produktive Teil der Bevölkerung «einbilden» muss, dass die eigene Arbeitskraft, anders als die der Katalanen, exakt das wert ist, was man als Lohnabhängiger dafür erhält. Denn wäre man sich darüber im Klaren, dass die eigene Arbeitskraft *grundsätzlich* wertvoller ist als der Lohn, den man dafür bekommt, so würde man es rasch an jeglicher Motivation mangeln lassen, jeden Morgen so früh aufzustehen.

Es war Karl Marx, der dem Kapitalismus – wenige Jahrzehnte vor Unamuno – eine frühe Gegenrechnung präsentierte, die ähnlich simpel wie die Berechnung des Dichters anmutet und doch welt-

politisch kaum folgenreicher hätte ausfallen können: Der Arbeiter verdient nicht das, was er verdient! So jedenfalls lassen sich die monumentalen drei Bände von Marx' Hauptwerk *Das Kapital* auf eine griffige Kampfpfparole bringen, mit der die Arbeiterschaft und ihre «linken» Fürsprecher seit jeher das betreiben, was man «Kritik der Ausbeutung» nennt. Wie aber genau ist diese revolutionäre Faustformel zu verstehen? Zunächst fällt auf, dass darin zweimal das Wort «verdient» vorkommt. Wie aber kann es sein, dass ein Arbeiter *nicht* verdient, was er zugleich eben doch verdient? Nun, es sind ersichtlich zwei grundverschiedene Arten von Verdienst gemeint; und zwar ein *monetärer*, der faktisch als Lohn zur Auszahlung kommt, sowie ein *moralischer*, dem der ausbezahlte Lohn zwar entsprechen sollte, aber doch fast nie entspricht. Gemeint ist folgende Gerechtigkeitslücke: Zieht der Lohnempfänger die imaginäre Summe, die ihm moralisch gebührt, von dem ab, was er tatsächlich für seine Arbeit bekommt, ja, würde er genau das für sein Leben ausgeben, was ihm zusteht, so befände er sich rasch «knietief im Dispo», wie es auf einer CD der Punkband *Fehlfarben* heißt.

Halten wir dies als eine erste definatorische Auskunft über die Struktur von Ausbeutungsverhältnissen fest: Eine Person, die ausgebeutet wird, *bekommt für ihre Leistung nicht das zurück, worauf sie moralisch Anspruch hätte*. Doch sehen wir uns die Marx'sche Ausbeutungsformel etwas genauer an. Der Unternehmer, der sogenannte Kapitalist, hat eigenes Geld, das er für sich arbeiten lässt, während der Arbeiter so gut wie nichts zu haben scheint, was er investieren oder zu Geld machen könnte. Und wer nichts hat, muss etwas *tun*. Da trifft es sich gut, dass der Arbeiter am Ende doch etwas besitzt, was für ihn, aber auch für den Unternehmer von geradezu unschätzbarem Wert ist: seine Arbeitskraft. Man kann sich folglich durch eigene Arbeit jenes Geld verdienen, das man zum Lebensunterhalt benötigt, indem man sich und seine Arbeitskraft «zu Markte trägt». Man mag dies bisweilen unerfreulich und auch anstrengend finden, doch nicht jede Form von Arbeit verdient per se schon das Etikett «Ausbeutung»; gesetzt den Fall, der Lohnabhängige bekäme, was er verdient. Doch kommt es just in dem Moment, in dem man arbeitswillig auf dem Arbeitsmarktplatz eintrifft, zu einer folgenreichen Verwirrung: Der Arbeitgeber, der in Wirklichkeit ja der Arbeitnehmer ist, weil er die bezahlte Leistung seiner

Arbeiter entgegennimmt, geht mit dem Arbeitnehmer, der aus dem gleichen Grunde der eigentliche Arbeitgeber ist, einen Arbeitsvertrag ein. Dieser Vertrag sieht vor, dass ein Lohn gezahlt wird, dessen Höhe sich in etwa daran bemisst, was man als Arbeitnehmer zur Reproduktion und Regeneration der eigenen Arbeitskraft benötigt. Folglich muss dieser Lohn für Nahrung, Kleidung, Unterkunft sowie minimale Freizeitaktivitäten, und zwar für sich und die ganze Familie, reichen.

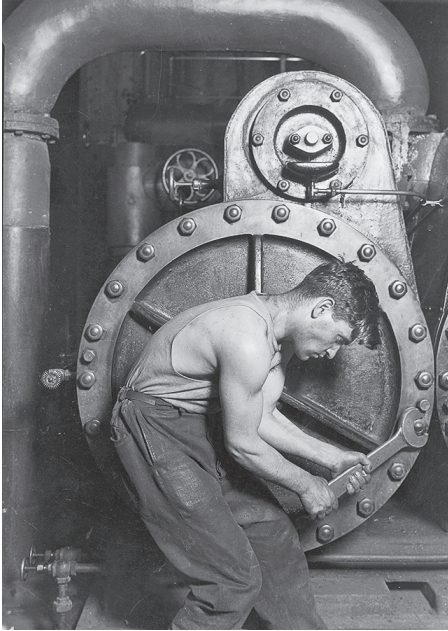
Nun kommt der einfache, aber geniale Trick: Der Lohnabhängige willigt in eine Vereinbarung ein, die von ihm verlangt, *mehr* zu produzieren, als er kostet. Rechnen wir wie folgt: Ein Arbeitnehmer heutzutage arbeitet jeden Tag etwa acht Stunden. Bereits nach – sagen wir – sechs Stunden hat er Waren oder auch Dienstleistungen produziert, deren spätere Verkaufspreise die eigenen Lohnkosten von – sagen wir – 2400€ netto abdecken. Der Arbeitnehmer könnte eigentlich mit der Arbeit aufhören, doch er schuffet weiter, und am Ende hat er Waren bzw. Dienstleistungen produziert, die etwa 3200€ einbringen könnten. Daraus folgt: Jede Minute arbeitet der Lohnabhängige etwa 45 Sekunden für die eigene Subsistenz und die restlichen etwa 15 Sekunden für den Unternehmer. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Der Unternehmer will schließlich auch etwas verdienen. Er muss die Produktionsstätte in Schuss halten, neues Arbeitsmaterial beschaffen und in verbesserte Technologie investieren. Was, bitte schön, soll daran ungerecht sein?

Niemand würde das Risiko eingehen, sein eigenes Hab und Gut in unternehmerischen Umlauf zu bringen, statt es selbst, und zwar für Konsumgüter, auszugeben, wenn dabei am Ende nicht mehr herauskäme als das, was man zum Bezahlen seiner Lieferanten braucht. Es muss ein «Mehrwert» herauspringen, der Kapitalist will «fette Beute» machen, und genau deshalb spricht man ja auch von *Ausbeutung*. Stets geht es dem Produzenten darum, so viel Geld wie möglich zu verdienen, und zwar tunlichst, ohne *selbst* dafür arbeiten zu müssen. Und je mehr fremde Arbeitskraft im Einsatz ist, umso «hübscher» dürfte die Summe sein, die am Ende dabei herauskommt. Doch noch einmal: Wo genau liegt das Problem? Schließlich gibt es einen Arbeitsvertrag, in den der Arbeitnehmer eingewilligt hat, und damit hat er sich ausdrücklich bereiterklärt,

einen Teil seines Arbeitstages ausschließlich für den Unternehmer zu arbeiten. Soll das etwa → Diebstahl sein? Keineswegs, denn der Arbeitnehmer bekommt genau den Lohn, der vertraglich vereinbart wurde. Geht es um → Betrug? Auch nicht, denn die Interessen beider Tauschpartner liegen von Beginn an offen auf dem Verhandlungstisch. Handelt es sich um eine Art von → Missbrauch? Ebenso wenig, denn niemand degradiert den Arbeitnehmer zum «bloßen Mittel» fremder Zwecke, er bekommt vielmehr ein Salär, mit dem auch er seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Was also ist so unmoralisch an der Ausbeutung?

Der Verdacht liegt nahe, dass große Teile der Bevölkerung gar nicht wirklich wissen, in was sie einwilligen, wenn sie einen Arbeitsvertrag unterzeichnen. Und auch im Kleingedruckten steht nicht geschrieben, dass der Tausch lediglich im *Schein* einer legalen Rechtmäßigkeit geschieht, der am Ende eben doch bloß eine unmoralische Unrechtmäßigkeit verschleiern hilft. Genau das aber wissen diejenigen, die mit ihrem Kapital Arbeitskraft ankaufen. Sie wissen, dass es sich um einen trügerischen, aber *notwendig* trügerischen Schein handelt, der nicht nur ihr Einkommen, sondern überdies den reibungslosen Ablauf der Gesamtwirtschaft sichert. Würden die Arbeiter nicht *von sich aus* in ihre Arbeitsverträge einwilligen, sie müssten dazu → gezwungen werden. Irgendjemand muss die Arbeit ja machen. Dann aber hätte wir es nicht länger mit Lohnarbeitern, sondern mit «Zwangsarbeitern» zu tun und daher insgesamt mit einem eher instabilen sowie unproduktiven Arbeitszusammenhang. Denn wer freiwillig arbeitet, arbeitet in aller Regel *besser*.

Warum aber wehren sich die Arbeitnehmer nicht gegen die zweifellos missliche Differenz von monetärem und moralischem Verdienst? Nun, weil es sich um eine bloß vermeintlich freiwillige Zustimmung handelt, die offenkundig darauf beruht, dass der Lohnabhängige – wie sein Name es schon sagt – «abhängig» ist. Nur die wenigsten Menschen sind so reich geboren, dass sie sich *nicht* ausbeuten lassen müssen. Für alle anderen herrscht Arbeitszwang. Wer nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein will, sofern es diese gibt, muss sich verdingen und den Regeln der Arbeitswelt unterwerfen. Verglichen mit echten Zwangsarbeitern oder auch Sklaven, die durch Androhung von → Gewalt zur Arbeit «motiviert»



Herr oder Anhängsel der Maschine?

ument
l.Beck

werden, sind freilich die Abhängigkeiten heutiger Lohnempfänger subtiler. Als Unternehmer muss man längst schon nicht mehr die Peitsche schwingen. Seine Mitarbeiter wissen ganz genau, dass sie auf ihren Arbeitsplatz angewiesen sind und dass sie ohne eigenes Einkommen nicht lange *auskommen* werden. Unmoralisch an der Ausbeutung ist folglich nicht nur das oben analysierte Lohndefizit, sondern stets auch die ungerechtfertigte Herrschaftsbeziehung, die diesen verminderten Geldfluss ermöglicht. Damit sind wir bei einem zweiten wichtigen Definitionsmerkmal angelangt: Eine Person, die ausgebeutet wird, *befindet sich in einem Abhängigkeitsverhältnis*, in dem sie für ihre Leistung nicht das zurückbekommt, worauf sie moralisch Anspruch hätte.

Doch noch ein dritter Aspekt muss Berücksichtigung finden: Jedes Ausbeutungsverhältnis hat zwei Seiten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die für ihre Leistung weniger bekommen, als sie es verdient hätten, auf der anderen Seite jedoch befinden sich jene, die für ihr eigenes Zutun wie selbstverständlich *mehr* verlangen,

und zwar sehr viel mehr, als es den meisten Menschen gerecht erscheint. Gemeint sind hier nicht nur die eigentlichen Unternehmer, sondern z. B. auch Manager, Investment-Broker, Unternehmensberater, Vertriebsleiter oder Chefärzte. Das Surplus all dieser hochbezahlten Berufsgruppen muss erst noch erarbeitet werden, und wer sonst sollte dies tun, wenn nicht diejenigen, die «unter» diesen Führungskräften arbeiten. Zu Akten der Ausbeutung kann es folglich immer nur in direkten *Korrespondenzverhältnissen* kommen: zwischen Personen, die abhängig sind, und anderen, von denen sie abhängig sind. Nur wenn Person A hinterher weniger in ihrem Portemonnaie hat, als sie es verdient hätte, wird B, und zwar gleichermaßen unverdient, entsprechend mehr auf ihrem Konto verbuchen können. Die vollständige Definition muss daher lauten: Eine Person, die ausgebeutet wird, befindet sich in einem Abhängigkeitsverhältnis, in dem sie für ihre Leistung nicht das zurückbekommt, worauf sie moralisch Anspruch hätte, in dem jedoch zugleich *eine andere Person mehr erhält, als ihr moralisch zusteht*.

Akte der Ausbeutung beruhen also stets auf interpersonalen Schaden-Nutzen-Relationen, von denen sich unmittelbar auch auf ein moralisches Gegengebot schließen lässt. Denn was in Ausbeutungsverhältnissen verletzt wird, das ist die Pflicht zur Tauschgerechtigkeit oder genauer: zur *Leistungsgerechtigkeit*. Diese Pflicht besagt, dass jede Person, die etwas leistet, dafür adäquat belohnt werden muss. Allerdings wird dieses Gebot sehr häufig missverstanden und oft auch ideologisch missbraucht. Vor allem in marktradikalen Kreisen wird geradezu penetrant auf das Leistungsprinzip gepocht und dabei doch vorschnell ein irriger Umkehrschluss gezogen. Man behauptet dann gern, dass diejenigen, die mehr Geld verdienen, deshalb automatisch auch mehr leisten würden. So als sei das hohe Gehalt dieser Besserverdienenden bereits ein Beweis für deren Tatkraft. Das ist aber keineswegs notwendig, ja, nicht einmal oft und schon gar nicht in der Größenordnung der Fall, in der heute so mancher Besserverdienende vollends unverhältnismäßig von den herrschenden Arbeitsverhältnissen profitiert. Oder will ernsthaft jemand behaupten, dass ein Manager mehr schuftet als ein Maschinenarbeiter oder dass eine Chefärztin härter arbeitet als eine Krankenschwester? «Vielleicht nicht», wird man aus besagten Kreisen zu hören bekommen, «aber das höhere Gehalt

diese Führungskräfte ist dennoch berechtigt. Sie haben eine höhere Ausbildung durchlaufen und tragen sehr viel mehr Verantwortung. Und sie leisten auch etwas: Sie haben tolle Ideen, schaffen Arbeitsplätze und tragen überdimensional zum Bruttosozialprodukt bei. Und ständig sitzen ihnen ihre Aktionäre im Nacken. Dafür müssen sie ganz einfach belohnt werden!»

Das Argument ist bekannt, aber ist es überzeugend? Einschneidende Ereignisse, z. B. eine weltweite Wirtschaftskrise, ausgelöst durch fatale Investitions- und Managemententscheidungen, stimmen eher skeptisch: Weder die höhere Ausbildung der besagten Führungskräfte noch deren vermeintlich enormes Verantwortungsbewusstsein haben diese davon abgehalten, maßlos den eigenen Profit zu mehren und dabei katastrophale Fehlentscheidungen zu treffen. Offenbar wähnte man sich selbst in Sicherheit und wusste, dass man für etwaige Schäden fremder Anleger ohnehin keine persönliche Verantwortung würde übernehmen müssen. Als Finanzakrobat hatte man nicht wirklich etwas zu verlieren, aber viel zu gewinnen, und so «verzockte» man Geld, das nicht das eigene war. Und wie zum Hohn winkten beim Absturz fette «Boni», während das eigentliche Berufs- und Existenzrisiko diejenigen traf, die ihr Ersparnis oder ihren Job verloren. In so manchem kapitalismuskritischen Herzen mag sich da bereits klammheimliche Freude und die Hoffnung geregt haben, dass alsbald ein neuerlicher Klassenkampf am Horizont heraufziehen werde. Doch wir sollten zur moralphilosophischen Begriffsanalyse zurückkehren.

Akte der Ausbeutung unterscheiden sich von vielen anderen unmoralischen Taten dadurch, dass sie typisch für die ökonomische Tauschsphäre sind. Doch die Kampfpapare «Schluss mit der Ausbeutung!» ist heute längst schon nicht mehr der Arbeiterbewegung vorbehalten. Ausbeutungskritik wird auch in vielen anderen sozialen Problemzonen laut; man denke dabei an so unterschiedliche Lebensbereiche und Phänomene wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, Kinderarbeit, Armut, Frauenhandel, Prostitution, Pornographie, Leihmutterschaft oder Organtransplantation. Auch hier geht es um Tauschverhältnisse, in denen man aufgrund von als zwingend erfahrenen Abhängigkeitsverhältnissen übervorteilt werden kann. Allerdings muss es sich dabei nicht notwendig um rein *monetäre* Tauschbeziehungen handeln. So ist z. B. das Phänomen geschlechts-

spezifischer Ausbeutung, wie man es bis heute in so mancher Ehe und Familie antrifft, eher auf «emotionaler» Ebene zu verorten. Denkt man zudem an Fragen der Kinderarbeit, Pornographie, Organtransplantation oder Leihmutterschaft, so ist mit diesen Phänomenen regelmäßig der ungute Verdacht verknüpft, dass derartige Tauschverhältnisse nicht bloß ungerecht sind, sondern gar nicht erst *existieren* sollten. Hier scheint die Ausbeutung weniger darin zu liegen, dass der Tauschpartner nicht das bekommt, was er verdient hätte, vielmehr wird kritisiert, dass der Tausch überhaupt stattfindet. Darf man die Arbeit eines Kindes, darf man Sex, ein lebenswichtiges Organ oder gar ein Baby zum Tausch anbieten?

Zumindest aber dann, wenn es sich bei den Tauschenden um «mündige» Personen handelt, stellt sich die Frage, ob noch länger von einem Akt der Ausbeutung die Rede sein kann, wenn doch der betreffende Tausch *freiwillig* erfolgt. Damit kein Missverständnis entsteht: Oft ist nicht anzunehmen, dass die Tauschentscheidung tatsächlich freiwillig getroffen wurde, doch kann dieser Fall nicht schon ausgeschlossen werden. Wie müsste das Urteil lauten? Zunächst wäre eine Art «Selbstausbeutung» zu diagnostizieren, denn die ausgebeutete Person hätte sich ihren etwaigen Schaden selbst zuzuschreiben. Selbstschädigendes Verhalten muss aber nicht schon per se als unmoralisch eingestuft werden, solange dabei niemand *anderes* zu Schaden kommt (→ Im Anfang war die Tat). Und dennoch: Selbst freiwillige Ausbeutung ist moralisch problematisch, weil es unmoralisch ist und bleibt, von Akten der Ausbeutung zu profitieren. Anders gesagt: Der *Nutznieser* von Ausbeutung agiert unmoralisch, weil er sich damit einverstanden erklärt, dass eine andere Person nicht das bekommt, was sie verdient. Ob Letztere dem ausdrücklich zustimmt, z. B. in Form eines Arbeitsvertrages, ist ganz egal. Der betreffende Schaden wird vom Profiteur wissentlich und willentlich bejaht – nur darauf kommt es an.

Warum aber lassen Menschen so etwas mit sich machen? Die Soziologen Oskar Negt und Alexander Kluge erzählen die folgende Geschichte: Vor langer Zeit ankerten phönizische Schiffe vor der Küste einer kleinen Insel, deren Bewohner ärmliche Siedlungen bewohnten und von Fischzucht und Ackerbau lebten. In der ersten Nacht gingen die Seeleute – unbemerkt von den Inselbewohnern – von Bord und legten Waren zum Tausch am Strand aus: Töpfe,

Schmuck und Eisenwerkzeuge. Am nächsten Morgen kamen die Fischer und nahmen die Gaben, die sie für Geschenke der Götter hielten, freudig in Empfang. Die Phönizier aber waren erbost, denn sie hatten an einen Tauschverkehr gedacht. Sie rüsteten eine Strafexpedition aus und brannten einige der Siedlungen nieder. Doch die Inselbewohner, denen das Tauschprinzip unbekannt war, werteten auch dies als ein Zeichen der Götter. Und um diese zu versöhnen, breitete man am Abend nun selbst wertvolle Opfergaben am Strand aus. So vergingen einige Tage und Nächte, und nach weiteren blutigen Strafexpeditionen hatten die Inselbewohner endlich gelernt, was Tausch ist.

Diese Parabel will auf die zivilisierenden Folgen der Einführung des Warentausches aufmerksam machen. Im wilden «Naturzustand» mag einst das Recht des Stärkeren geherrscht haben, der sich einfach nahm, was er brauchte. Der neuzeitliche Wirtschaftsverkehr jedoch lenkt die → Gewalt archaischer Selbstbedienung in gesittete Bahnen. Die Phönizier sind längst Geschichte, doch bisweilen scheint es, als sei ein Rest der alten Willkür in unseren heutigen Tausch- und Arbeitsbeziehungen «aufgehoben», d. h. negiert, konserviert und zugleich transformiert. Aber Negt und Kluge wollen uns noch auf eine weitere fundamentale Ungerechtigkeit aufmerksam machen: Die Entscheidung, wo man selbst im Leben steht – ob auf der Soll- oder aber der Habenseite, ob auf der Seite der Gewinner oder der Verlierer –, scheint bereits gefallen zu sein, da ist man selbst noch gar nicht auf der Welt gewesen.

Literaturtipps:

Marx, Karl: *Das Kapital*, Bd. 1, Berlin: Dietz 2005, bes. Kap. 5 u. 17. [Die berühmteste Analyse ökonomischer Ausbeutungsverhältnisse.]

Negt, Oskar/Kluge, Alexander: *Geschichte und Eigensinn*, Bd. 2, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1993. [In Kommentar 6 wird die Geschichte vom gewaltsamen Ursprung ökonomischer Tauschgeschäfte erzählt.]

Pfannkuche, Walter: *Wer verdient schon, was er verdient?*, Stuttgart: Reclam 2003 [Argumentativ anspruchsvolle, aber klare Abhandlung zum Thema Leistungsgerechtigkeit.]